



Sitzungsvorlage

Fachbereich	Aktenzeichen	Vorlagen-Nr.	
FB I	211.01	SchA 1/2015	
↓ Beratungsfolge	↓ TOP-Nr.	Öffentlich / nicht Öffentlich	↓ Sitzungstermin
Ausschuss für Soziales, Schulen und Kultur	6.	öffentlich	18.06.2015

Grundsatzbeschluss zur Schaffung von 15 weiteren Krippenplätzen

Sachverhalt

Die Ansprüche auf frühkindliche Förderung in einer Tageseinrichtung oder in der Kindertagespflege bereits ab dem vollendeten ersten Lebensjahr wurden deutlich gestärkt und im § 24 des Achten Sozialgesetzbuchs - SGB VIII (Kinder- und Jugendhilfegesetz) verankert. Diesem Anspruch entsprechend haben Stadt Norderney und Kirchenkreis Aurich frühzeitig eine Krippengruppe im ev. Luth. Kindergarten am Kap integriert, die nach damaliger Quotierung des Gesetzgebers und der allgemeinen Anschauung als ausreichend erachtet wurde. Die Nachfrage nach einem entsprechenden Angebot hat sich jedoch weit positiver entwickelt als prognostiziert und übersteigt heute die vorhandene Platzzahl.

U.a. durch Bedarfsabfragen, Anmeldungen oder die durch Fa. Biregio angestellte Untersuchung zur demografischen Entwicklung Norderneys zeichnet sich aktuell konkret ab, dass mit einem erhöhten Bedarf an Krippenplätzen zu rechnen ist. Nach heutigem Stand ist davon auszugehen, dass dieser mindestens eine zweite, jedoch langfristig keine dritte Gruppe auslasten kann.

Aus diesem Grund arbeitet die Stadt Norderney, gemeinsam mit dem ev.-luth. Kirchenkreisverband Ostfriesland-Nord, verstärkt daran, das Krippenangebot um eine weitere Regelkrippengruppe (15 Krippenplätze) zu erweitern. Zur bedarfsgerechten Schaffung eines Angebotes soll eine kurzfristige Lösung bis zum Herbst 2015 entwickelt werden. Diese muss jedoch nicht zuletzt vor dem Förderhintergrund im Zusammenhang mit einer langfristigen Lösung erarbeitet werden.

KURZFRISTIGE/PROVISORISCHE LÖSUNG

Zur Umsetzung einer zeitnahen Lösung wurden verschiedene Varianten in Betracht gezogen. Für jeglichen Ansatz gilt, dass sowohl das öffentliche *Bau- und Vergaberecht* sowie die Vorgaben zur Erteilung einer Betriebserlaubnis für diese erlaubnispflichtige Einrichtung - auch für eine übergangsweise Lösung - zu beachten sind. Hinsichtlich der *Betriebserlaubnis* ist es möglich, gemeinsam mit dem Nds. Kultusministerium eine einjährige Ausnahmeregelung zu finden, die max. um ein Jahr verlängert werden kann. Hierzu wird es am 07.07.2015 einen Termin mit der Genehmigungsbehörde auf Norderney geben. Neben Klärung der allgemeinen Anforderungen, wird

ein zentraler Punkt die Kompensation eines aktuell nur im Bestandsschutz bestehenden Mehrzweck- und Bewegungsraumes sein.

Zur Planung und Umsetzung aller nachfolgend dargestellten Varianten ist die Beauftragung eines externen Planers notwendig. Die Planungskosten orientieren sich an der Gesamtsumme der Maßnahme.

Variante 1: Umbau eines Gebäudeteils in der Seeklinik

In Gesprächen mit der Seeklinik eröffnete sich eine Möglichkeit zur Anmietung von Räumlichkeiten auf deren Gelände. Voraussetzung hierfür ist der Umbau dieser Räumlichkeiten und der benötigten Außenbereiche. Da sich baulich hinsichtlich der äußeren und inneren Umgestaltung einige Hemmnisse andeuteten, wurde diese Option nicht verfolgt. Eine Umsetzung auf fremdem Gelände erschwert zusätzlich die Realisierung anteiliger *Fördermittel*. Die vorläufigen *Kosten* der Maßnahme wurden auf etwa 60.000 € geschätzt.

Variante 2: Modulbauten

Eine weitere Option stellt die Verwendung von Modulbauten dar, die der Infrastruktur an den Stränden ähneln. Konzeptionell ließen sich zwei Teile des Kindergartenbetriebes ausgliedern: eine (*neue*) *Krippengruppe* oder der *Speiseraum*.

Nach Maßgabe der hygienerechtlichen Vorschriften wurde der Stadt Norderney bereits signalisiert, dass die Verlegung des *Speiseraumes* in einen Modulbau kritisch gesehen wird.

Die Umsetzung einer provisorischen Lösung durch Einrichtung einer *Krippengruppe* im Modulbau stellt erhöhte Anforderungen: Die Modulbauten (vollwertig mit Gruppenräumen und WC) könnten auf den von der Stadt Norderney erworbenen Grundstücksteilen (Flurstück 210/13, 210/15, 194/24, 194/14, 194/15) untergebracht werden. Zusätzlich müssten entsprechend Anschlüsse für Wasser, Abwasser und Strom verlegt sowie eine Befestigung des Untergrundes für die Modulbauten errichtet werden. Die Grundfläche umfasst ca. 70 qm.

Die Errichtung der Modulbauten ist *bauantragspflichtig* und setzt eine *bauplanerische Grundlage* voraus, die aktuell durch den Fachbereich III, auch im Hinblick auf eine langfristige Lösung, erarbeitet wird. Voraussichtlich wäre darüber hinaus ein Eingriff in die das Kindergartengelände westlich umsäumende Düne notwendig, um eine ausreichende Stellfläche zu schaffen.

Nach aktuellem Planungsstand könnte die Aufstellung von Modulbauten im Herbst 2015 umgesetzt werden. Die Anmietung sowie der Auf- und Abbau von vier Standard-Modulbauten für 24 Monate bedeutet einen Aufwand von geschätzt ca. 40.000 Euro (netto). Der Kaufpreis dieser Modulbauten läge alternativ bei ca. 75.000 Euro (netto). Aufgrund der Witterungseinflüsse auf Norderney wäre nicht auszuschließen, dass die Bauart des Modulbaus über dem Standard liegen müsste. Hinzu kämen Kosten für Anschlüsse, die Baugrundherstellung und die Erschließung des Modulbaus. (ggf. auch provisorische Außenanlagen)

Die Kosten für die Modulbauten an sich werden aus jeglicher *Fördermöglichkeit* herausfallen. Die innere Ausstattung hingegen sollte förderfähig sein, sofern vor Umsetzung der Übergangslösung ein entsprechender Antrag (auch für die langfristige Option) gestellt und ein vorzeitiger Maßnahmebeginn genehmigt wurde (siehe auch Abschnitt Förderung) sowie die langfristige Nutzung dieser Ausstattungsgegenstände in der dauerhaften Krippengruppe sicher gestellt ist.

Weitergehende Anforderungen zur Erlangung einer übergangsweisen *Betriebserlaubnis* werden sich erst im Vor-Ort-Termin mit dem Nds. Kultusministerium klären lassen.

Deutlicher *Vorteil* dieser Lösung ist eine möglicherweise schnellere Realisierbarkeit einer Krippengruppe und die durch die zusätzliche Schaffung von Räumlichkeiten voraussichtlich eintretende Entlastung bei notwendigen inneren Umbauten im Kindergarten. Darüber hinaus würde der aktuelle Bestandsschutz für die heutigen Räumlichkeiten bis zu einer Realisierung der langfristigen Lösung nicht berührt. Als *nachteilig* ist sicherlich die Schaffung eines Solitärs ohne direkten Anschluss (räumlich wie pädagogisch) zum Restbetrieb und der verhältnismäßig hohe Kostenfaktor zu nennen. Auch der Eingriff in die Düne kann einer langfristigen Planung im Außenbereich entgegenlaufen.

Variante 3: Innere/r Umstrukturierung / Umbau des Kindergartens

Auf Vorschlag des Kindergartens wurde eine weitere Möglichkeit einer ausgliederbaren Einheit betrachtet, die innere Umgestaltungsmöglichkeiten zuließe. So ließe sich das aktuelle *Büro der Leitung* ebenfalls autark in einem Modulbau ausgliedern.

Im Rahmen der Umorganisation würde es auf diese Weise möglich, den auch langfristig für eine Nutzung als Krippengruppe favorisierten Raum im Kindergarten zeitnah für einen entsprechenden Umbau zur Verfügung stehen zu haben. Es handelt sich um den direkt an die jetzige Krippe angeschlossenen Gruppenraum (siehe auch langfristige Lösung).

Bei dieser Variante wären sowohl der innere Umbau als auch die Ausstattung der Krippenräume im Jahr 2015 abschließend möglich und würden den diesjährigen Haushalt belasten.

Die Aufstellung des Büromodulbaus wäre auf dem bebaubaren Bereich am Bestandsgebäude möglich. Die Kosten des Büromodulbaus sind noch nicht abschließend ermittelt, u.a. da die Option einer „lokalen Lösung/Ausleihe“ geprüft werden soll.

Die Kosten werden ebenfalls aus der *Fördermöglichkeit* herausfallen. Die übrigen Kosten sollten förderfähig sein. (siehe auch Abschnitt Förderung)

Weitergehende Anforderungen zur Erlangung einer übergangsweisen *Betriebserlaubnis* (vorwiegend des Kindergartenbetriebes) werden sich erst im Vor-Ort-Termin mit dem Nds. Kultusministerium klären lassen. Fest steht allerdings, dass auf Grund des beengten Kindergartenbetriebes zumindest tages- oder stundenweise Räumlichkeiten zur Kompensation des Mehrzweck- und Bewegungsraumes in direkter Umgebung zur Verfügung stehen müssten.

Vorteile dieser Umsetzung sind die direkte Schaffung einer klaren und abschließenden Lösung für den Krippenbereich, sowie bessere Förderchancen. Je nach Ausbaustandard sollte diese Lösung ebenfalls zeitnah umsetzbar sein. Als *nachteilig* ist die beengte Situation für die Kindergartengruppen zu nennen, die sich besonders in einer Um- und Anbauphase bemerkbar machen dürfte.

LANGFRISTIGE LÖSUNG

Parallel muss frühzeitig, insbesondere vor dem Hintergrund der Förderung durch das Land Niedersachsen, eine langfristige Lösung vor Umsetzung einer der kurzfristigen Varianten als Grundlage erarbeitet werden.

In Betrachtung der räumlichen Möglichkeiten im Bestand unter Ausnutzung der gegebenen Synergien (u.a. Sanitär- Außen- und Schlafbereiche), wurde unter Beteiligung des Kirchenkreises und auf Vorschlag des Nds. Kultusministeriums der zu Variante 3 dargestellte Raum als zweite Krippengruppe eingeplant.

Sowohl der dadurch entfallende Gruppenraum in der Kindergartennutzung als auch der entfallende Mehrzweck- und Bewegungsraum wären zu kompensieren. Dies soll durch einen Anbau an den Gebäudebestand am nordwestlichen Teil des Gebäudes geschehen. In dem neu zu errichtenden

Anbau sollen die entsprechenden Gruppenräume (inkl. Waschraum, Kreativbereich und Garderobe) entstehen.

Darüber hinaus ist im Rahmen einer ganzheitlichen Betrachtung der Einrichtung mit weiteren verbundenen Kosten zu rechnen. Aufgrund der zweiten Krippengruppe erhöht sich der Personalbestand um voraussichtlich weitere drei pädagogische Kräfte. Dies hat zur Folge, dass zusätzlich vorhandene Aufenthalts- und Sozialräume für das Personal ausgebaut werden müssen. Darüber hinaus erhöht sich der Bedarf an Lagerflächen sowie die Anforderungen an die Infrastruktur im Gebäude (z.B. Heizung).

Auch zur Planung und Umsetzung der langfristigen Maßnahme ist die Beauftragung externer Planer notwendig. Die Planungskosten orientieren sich entsprechend an der Gesamtsumme der Maßnahme.

FÖRDERUNG FÜR DEN AUSBAU DER TAGESBETREUUNG FÜR KINDER UNTER DREI JAHREN

Für die Gesamtmaßnahme zur Erweiterung des ev.-luth. Kindergartens „Am Kap“ zur Schaffung von Krippenplätzen wird eine Zuwendung für den Ausbau der Tagesbetreuung für Kinder unter drei Jahren (Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen für den Ausbau der Tagesbetreuung für Kinder unter drei Jahren) von der Nds. Schulbehörde in Aussicht gestellt. Die Zuwendungshöhe beträgt 12.000 Euro pro geschaffenem Krippenplatz bei einem Mindestinvest von 13.000 Euro je Platz.

Der förderfähige Anteil bezieht sich dabei ausschließlich auf die direkt mit der Maßnahme im Zusammenhang stehenden Kosten. Entsprechend wird der Umbau der Krippe voll in diesen Anteil fallen, die verbundenen Kosten (Anbau Gruppenräume, Erweiterung Personalräume und Funktionsflächen sowie Maßnahmen an der Infrastruktur) jedoch lediglich zu 37,5 % (15/40 bei 15 zu schaffenden Krippenplätzen und einer zu verlegenden Regelgruppe von 25 Plätzen). Die Kompensation des Mehrzweck- und Bewegungsraumes dürfte als nicht förderfähig erachtet werden.

Darüber hinaus gilt es den Bestand der bestehenden Krippengruppe nicht wesentlich zu berühren, um die seinerzeit gewährte Förderung nicht zu gefährden.

PLANUNGSRECHTLICHE VORAUSSETZUNGEN

Für die Schaffung von Krippenplätzen im ev.-luth. Kindergarten „Am Kap“ müssen zeitnah die planungsrechtlichen Voraussetzungen geschaffen werden. Der rechtsgültige Bebauungsplan Nr. 36 „Seehospiz“ enthält u.a. eine überbaubare Fläche mit einer Baugrenze, die sich auf das heutige Bestandsgebäude des Kindergartens bezieht. Zur Umsetzung der Maßnahmen müssen die überbaubare Fläche sowie die Baugrenze der Gemeinbedarfsfläche nach Westen erweitert werden, damit der Anbau sowie die evtl. befristete Errichtung von Modulbauten auf dem städtischen Grundstück zulässig werden. Die Beratung im Ausschuss für Bauen und Umwelt ist bereits erfolgt.

NÄHERE VORAUSSETZUNGEN ZUR BETRIEBSERLAUBNIS

Das Nds. Kultusministerium hat einige wesentliche Bedingungen vorab zusammengefasst:

- Eine übergangsweise Ausnahme von der Betriebserlaubnis kann nur erteilt werden, wenn sich der Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz nicht anders realisieren lässt.
- Es muss eine Kompensation für den verbindlich vorzuhaltenden Mehrzweck- und Bewegungsraum in näherer Umgebung geben.
- Grundlage einer Ausnahme muss ein Antrag durch den Träger sein die mindestens Stellungnahmen der an der Jugendhilfeplanung beteiligten Behörden und des Trägers zur bisherigen und zukünftigen Platzplanung sowie den konkreten Rahmenbedingungen der Ausnahme enthält.

- Daneben müssen Nachweise vorgelegt werden, dass die Planungen vorangehen (z.B. Baupläne, Vorlage von Baugenehmigungen, Nachweis über Bereitstellung der Haushaltsmittel etc...).

GRUNDSTÜCKSNUTZUNG UND BETRIEBSVEREINBARUNG

Über den Kindergarten und die verbundene Grundstücksnutzung existiert eine Vereinbarung, die sowohl die Kirchengemeinde Norderney als auch den Kirchenkreis Aurich und die Stadt Norderney einbezieht. Diese Vereinbarung muss aktualisiert und angepasst werden. Die Verhandlungen hierüber wären noch zu führen.

Finanzielle Auswirkungen

- ☐ Nein
☐ Ja, mit

Gesamtkosten der Maßnahmen
 (Beschaffungs-Herstellungskosten)
 Euro

- ☐ Jährliche Folgekosten/ lasten
☐ Einmalig
 Euro

Beschlussvorschlag

Der Ausschuss empfiehlt, den ev.-luth. Kindergartens „Am Kap“ langfristig durch einen bedarfsgerechten Anbau von Gruppenräumen an das Bestandsgebäude zu erweitern. Weiterhin soll ein Gruppenraum langfristig als zweite Krippengruppe umgebaut, ausgestaltet und betrieben werden.

Die genaue Ausgestaltung richtet sich nach den pädagogischen und gesetzlichen Anforderungen. Diese sind zwischen Stadt Norderney, dem ev.-luth. Kirchenkreisverband Ostfriesland-Nord, dem Nds. Kultusministerium und den übrigen Genehmigungsbehörden (bau- und hygienerechtlich) näher zu definieren.

Zur vorübergehenden Deckung des Bedarfs an Krippenplätzen soll die wirtschaftlichste der vorgestellten Varianten zur Schaffung von Krippenplätzen, welche sich zudem zeitnah umsetzen lässt, gewählt werden.

Zur Planung und Umsetzung der Maßnahmen ist die Beauftragung eines externen Planers notwendig. Die Planungskosten orientieren sich an der Gesamtsumme der Maßnahme.

Norderney, 08.06.15

Der Bürgermeister

(Ulrichs)